

Frauen in Regierungsämtern

von Michael L. Tan

Manche geldgebende Institutionen — vor allem europäische, aber auch amerikanische wie die Ford Foundation — verlangen jetzt von den Organisationen, die sie unterstützen, einen geschlechtsspezifischen Rechenschaftsbericht. Neben dem Finanzgebaren soll nun auch überprüft werden, inwieweit die Gleichberechtigung der Geschlechter bei ihnen verwirklicht ist. Allerdings steht dabei immer noch Zahlenspielelei im Vordergrund. Die Organisationen werden um Auskunft darüber gebeten, wieviele Männer und Frauen auf den jeweiligen Führungsebenen tätig sind.

Mag sein, daß eine Organisation über viele Frauen in Führungspositionen verfügt. Falls diese aber mehr mit Programmgestaltung als mit Verwaltungs- und Management-Aufgaben befaßt sind, bleibt die Gleichberechtigung fragwürdig. Man kann ein ganzes Land nach geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten überprüfen, indem man beispielsweise die Anzahl der Frauen in Regierungsämtern untersucht, um so ihren Ananteil an der Regierungsmacht einzuschätzen. Je mehr Frauen in der Regierung sind — so die Vermutung — desto stärker werden die Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt.

Wie sieht es damit nun in den Philippinen wirklich aus?

Beginnen wir mit den gewählten VolksvertreterInnen. Im Senat sind die Zahlen von 1993 bis 1998 konstant geblieben: 4 Frauen bei einer Gesamtzahl von 24 — das sind 16 %. (Da Gloria Macapagal-Arroyo inzwischen Vizepräsidentin und Sozialministerin ist, sind es jetzt nur noch 3 Frauen.) Im Repräsentantenhaus ist der Frauenanteil bei mehr oder weniger 10 % noch geringer.

1995 gab es 9 Frauen unter den insgesamt 75 GouverneurInnen, das sind 12 %. 1998 waren es immerhin schon 12 von 77, also etwa 16 %. Unter den 67 BürgermeisterInnen im städtischen Bereich gab es 1995 nur 6 Frauen — magere 5 %.

Aus dem Bericht des *Philippine Human Development Network* von 1997 geht außerdem hervor, daß es bis dahin in Metro Manila noch nie eine Bürgermeisterin gegeben hatte. 1998 verbesserte sich die Lage geringfügig. Jetzt gibt es 8 Frauen unter den insgesamt 83 BürgermeisterInnen — immer noch lediglich 10 %. Zwar hat jetzt auch Metro Manila eine Bürgermeisterin, aber sie ist die Gattin des Vorgängers — ein zweifelhafter Trost! Laut dem erwähnten Bericht gab es 1995 125 Bürgermeisterinnen in ländlichen Regionen — 8 % bei einer Gesamtzahl von 1536.



Foto: Jens Pabst

Schlechte Karte für die Pinays

Wenden wir uns nun dem Kabinett zu. Hier wird eine geschlechtsspezifische Auflistung durch personelle Fluktuation erschwert. Um die Untersuchung zu vereinfachen, vergleichen wir die Zahlen am Ende der Regierungszeit von Präsident Ramos mit denen vom Beginn der Präsidentschaft Estradas. Unter Ramos arbeiteten 6 Ministerinnen neben 16 Ministern — der bisherige Spitzenwert in unserer Geschichte! Der Macho Estrada schraubte die Zahl auf 2 herunter: Gloria Macapagal ist

für Soziales und Gemma Cruz-Araneta für Tourismus zuständig. Bei den Staats- und Unterstaatssekretärinnen sehen die Zahlen mit 17 zu insgesamt 64 etwas besser aus.

II.

Fatalerweise waren unsere Erfahrungen mit Frauen in Regierungsämtern nicht immer positiv. So wird wohl zum Beispiel Imelda Marcos als Gouverneurin von Metro Manila dem stereotypen Gerede von der weiblichen Habgier Vorschub geleistet haben. In der Tat höre ich Leute oft davon sprechen, Ferdinand Marcos sei ein ehrenwerter Mann, Imelda dagegen sei diejenige gewesen, die die öffentlichen Gelder geplündert habe. Frauen, die in der Politik Fehler machen, werden sehr schnell verurteilt und man verzeiht ihnen nur sehr zögernd. Ganz gleich, ob ihr Fehlverhalten durch Korruption oder schwache Amtsführung bedingt ist — ihre Fehler müssen als »Beweis« dafür herhalten, daß Frauen von Natur aus schwach sind. Estradas jüngste Ausfälle gegen Männer mit »weibischen Herzen« (pusong babae), die angeblich für Führungsaufgaben ungeeignet sind, machen diese auch so überzeugende Auffassung recht deutlich.

Ich gehe deshalb so ausführlich auf diesen Aspekt ein, weil wir natürlich auch noch dem weiteren Irrtum verfallen könnten, Frauen seien von Natur aus fürsorglicher und einfühlsamer als Männer. Je zahlreicher sie also in die Regierung kämen, desto sensibler und verständnisvoller würde unsere Gesellschaft werden. Dabei ist doch bemerkenswert, daß zu den schrillsten und lautstärksten VerteidigerInnen der Todesstrafe Politikerinnen gehören, die zuweilen behaupten, mit der Hinrichtung von Vergewaltigern würden die Rechte der Frauen geschützt. Im Gegensatz zu diesen Befürworterinnen der Todesstrafe ist es ein Mann, Roan Liba-

rios, der den einsamen Kampf dagegen im Kongreß durchhält...

Wahrer Gleichberechtigung stehen noch weitere Hindernisse entgegen. Es gibt da speziell auf Regierungsebene eine Tendenz, einige Frauen recht gönnerhaft in höhere Positionen zu hieven — als »Beweis« für erfolgte Gleichstellung. Aus demselben Grund veranstaltet man dort auf besonderen Wunsch gelegentlich gruppenspezifische Workshops.

Geschlechtsspezifische Untersuchungen können dann von Nutzen sein, wenn sie besser als bisher verdeutlichen, was stärkere Integration von Frauen in öffentlichen Ämtern tatsächlich bewirkt.

Eine meiner Studentinnen stellte kürzlich ihre Dissertation vor, in der sie Nichtregierungsorganisationen (NROs) unter geschlechtsspezifischem Aspekt untersucht hatte. Sie erarbeitete eine entsprechende Statistik, befaßte sich aber darüber hinaus mit den Lernprozessen, die bei den Verantwortlichen durch ein stärkeres Bewußtsein für Gleichberechtigung mit allen dadurch ausgelösten Meinungsverschiedenheiten und Konflikten in Gang kamen.

Wir könnten ähnliche Untersuchungen im Blick auf Frauen in Regierungsämtern anstellen, indem wir beispielsweise Gesetzesentwürfe daraufhin überprüfen, inwieweit sie Gleichberechtigung implizieren. *Ugnayan ng Kababaihan sa Pulitika* (UKP- Vereinigung der Frauen in der Politik) zitiert als Beispiel für die begrenzte politische Macht von Frauen die Einfügung einer »Vergebungsklausel« in das 1997 verabschiedete Gesetz gegen Verwalter. Die Klausel befreit einen Ehemann von strafrechtlicher Verfolgung, wenn die vergewaltigte Ehefrau ihm verzeiht.

Wenn ich mich an jenen legislativen Streit richtig erinnere, dann stellte er doch wohl einen Kompromiß dar. Man wollte diejenigen mit der Gesetzgebung befaßten Männer beschwichtigen, die den Tatbestand »Vergewaltigung in der Ehe« als Bestandteil des Eherechts generell energisch ablehnten.

Das »neue« Gesetz gegen Verwalter weist jedoch nicht nur wegen der »Vergebungsklausel« Mängel auf. Es hält auch das Schlupfloch des alten Gesetzes offen, mit dessen Hilfe ein Vergewaltiger der Strafverfolgung durch Heirat

des Opfers entgehen konnte. Von dieser Klausel hat ein Richter tatsächlich jüngst Gebrauch gemacht. Stolz präsentierte er sich den Medien gegenüber als Schlichter, der die Klage eines vergewaltigten Mädchens als »Streit unter Liebenden« deklariert hatte. Er habe — so der Richter — den Mann zur Ehe überreden und dadurch den Fall zu einem glücklichen Ende führen können. Es befremdet mich, daß dieses dem Fall zugrunde liegende archaische und barbarische Relikt im »neuen« Gesetz beibehalten wurde.

Geschlechtsspezifische Untersuchungen sollten nicht nur kritikwürdige Worte und Taten, sondern auch Unterlassungssünden berücksichtigen. Während unser Land immer mehr einer auf Konfrontation und brutale Gewalt ausgerichteten Politik anheimfällt, hüllen sich unsere Politikerinnen anscheinend in Schweigen. Auch hier war es wieder ein Mann, Raul Roco, der vor Machismus warnte.

Bei Frauen in politischen Ämtern muß man auch auf deren familiären Hintergrund achten. Denn was können wir zum Beispiel von solchen Frauen erwarten, wenn sie wie so oft politisch einflußreichen Familien angehören und nur deshalb ein Jahr lang im Amt sind, weil ihre Ehemänner nicht drei Jahre lang hinter einander im Amt sein dürfen?

Mit welchen Erwartungen können wir in die Zukunft blicken? Das ist schwer zu sagen, aber ich denke, unser Land wird weiterhin eine leidvolle Zeit erleben, weil zu viele Männer und auch Frauen nachwachsen, die sich an der traditionell männlichen Spielart von Politik orientieren. Wo — so möchte ich fragen — sind da die Frauen von Format, die in verantwortlichen Positionen einen deutlichen Unterschied dazu erkennen lassen?

(INQUIRER, 9. und 11. März 1999;
Übersetzung: Klaus Schmidt. —
gekürzter Text.)

US-Präsenz durch die Hintertür?

von Rainer Werning

Am 27. Mai wurde das seit Januar 1998 geplante sogenannte Visiting Forces Agreement (VFA) vom philippinischen Senat verabschiedet und somit die Bereitschaft der USA erhöht, dem Land bei der Bewältigung interner und sicherheitspolitischer Probleme behilflich zu sein. Letzteres betraf vor allem die Auseinandersetzung um die im Südchinesischen Meer gelegene Spratly-Inselgruppe, auf die u.a. auch die Philippinen und die VR China Ansprüche erheben.

Präsident Estrada legte eine Naivität hinsichtlich Inhalt und Bestimmungen des VFA, das den USA die Nutzung von landesweit 22 Häfen gestattete und ihren Truppen extraterritoriale Rechte garantierte, an den Tag, die selbst seinen Beratern peinlich war. Wörtlich hatte der Präsident gesagt: »Es ist doch gut für uns, einen Verbündeten, einen Supermacht-Partner, zu haben; so wird ja unsere Sicherheit garantiert.« Sobald der Senat das VFA gebilligt habe, so Estrada weiter, würde »die US-Regierung möglicherweise zustimmen, (uns) später militärischen Beistand zu leisten.«

Nicht genug, daß der philippinische Senat erst am 16. September 1991 der Verlängerung des ursprünglichen Stützpunktabkommens (1947) seine Zustimmung verweigert hatte, was dazu führte, daß im Herbst 1992 die letzten GIs aus den vormals größten außerhalb Nordamerikas befindlichen Militärstützpunkten *Subic Naval Base* und *Clark Air Field* abgezogen wurden. Estrada hatte ebenfalls vergessen, daß sein Land im Sinne seines Sicherheitskalküls bereits seit 1951 durch den *Mutual Defense Treaty* »geschützt« ist. Und selbst dieser gegenseitige Verteidigungsvertrag sah zu keiner Zeit eine US-amerikanische Parteinahme in Landdisputen und Gebietsansprüchen vor, in die die Philippinen verwickelt waren und noch sind.

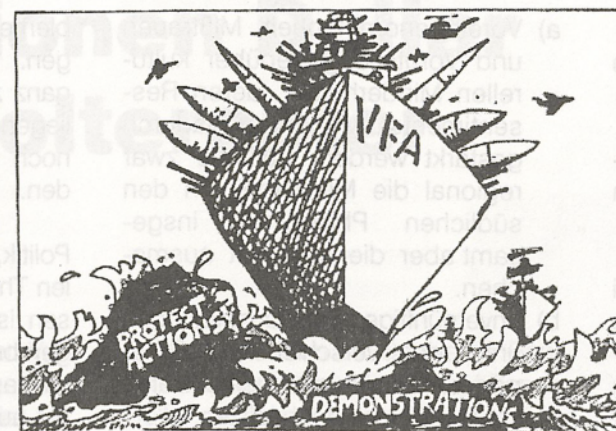
In dem im November 1998 vom Pentagon veröffentlichten 68seitigen Report *The United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Re-*

Der Autor ist Geschäftsführer der Stiftung für Kinder (Freiburg i.Br.), die seit einem Jahrzehnt schwerpunktmäßig in den Südpaluppen engagiert ist.

gion heißt es dazu: »Die Vereinigten Staaten und China teilen viele globale und regionale Interessen. (...) beide haben ein Interesse daran, daß die regionale Stabilität im Interesse der fortgesetzten wirtschaftlichen Entwicklung Asiens erhalten bleibt. (...) Wir (die USA und die VR China; R.W.) kooperieren, wenn es darum geht, vielfältigen nicht-konventionellen Bedrohungen der Sicherheit zu begegnen.« (S. 30f) Die jährlichen bilateralen Verteidigungsgespräche auf höchster Ebene, die Unterzeichnung des gemeinsamen *Military Maritime Consultative Agreement* am 19. Januar 1998 und Washingtons löbliche Anerkennung des chinesischen Verteidigungs-Weißbuchs im August 1998 thematisierten nicht einmal den Spratly-Disput.

Bleibt also die innenpolitische Bedeutung des VFA, das von zahlreichen gesellschaftlichen Verbänden, Nicht-Regierungsorganisationen, Frauengruppen und linken Parteien und selbst von der mächtigen Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen in einer pastoralen Erklärung kritisiert wurde. Hauptpunkte dieser Kritik: Das VFA verletzte die Verfassung aus dem Jahre 1987, die ein Nuklearwaffenverbot vorschreibt und die Lagerung solcher Waffen verbietet, doch nach Inkrafttreten des VFA höchstwahrscheinlich an Bord anlandender US-Kriegsschiffe und -Kampfflugzeuge geführt würden, ohne daß Manila darüber vorab auch nur informiert oder in Kenntnis gesetzt werden müßte. Der Nationale Vorsitzende der seit Jahren rührigen *Nuclear-Free Philippines Coalition*, Roland G. Simbulan, wies in diesem

Zusammenhang darauf hin, daß das Pentagon konkrete Pläne habe, in General Santos City und in der Sarangani-Bucht (auf Mindanao) US-Kriegsmaterial zu lagern, wo bereits eine entsprechende Hafen- und



Quelle: PDI

Flughafenerweiterung mit finanzieller Unterstützung der USAID (US-Behörde für internationale Entwicklung) durchgeführt worden ist.

In einer aufrüttelnden Rede vor dem gemeinsamen Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten und Nationale Sicherheitsbelange am 11. März mahnte der irische Priester Shay Cullen die SenatorInnen, dem VFA auf keinen Fall zuzustimmen. Der streitbare Cullen, seit 30 Jahren in den Philippinen lebend, hat sich auch international mit der Rehabilitation mißhandelter Frauen und Kinder ein Renommee erworben, indem sich das von ihm und seinem Team geleitete PREDI-Zentrum in Olongapo City, wo im nahegelegenen Subic die 7. US-Flotte einst ihren größten Stützpunkt unterhielt, intensiv der therapeutischen Behandlung der Opfer widmen und ihnen zu einkommensschaffende Maß-

nahmen verhelfen. »Hier sind Kinder bereits als Fünfjährige«, so Cullen, »systematisch mißbraucht und in das Sexbusiness gezwungen worden. Wenn schon jedweder Respekt und die Würde dieser Kinder mit Füßen getreten wurde, als es permanente Militärbasen gab und deren Familienmitglieder nachziehen konnten und Promiskuität sich vergleichsweise in Grenzen hielt, wird sich die Situation im Rahmen des VFA noch verschlimmern. Keiner weiß, wie lange sich dann US-amerikanische Soldaten im Lande aufhalten. Damit wachsen die Chancen, daß sie noch massiver als früher das »Gastrecht« mißbrauchen. Ganz zu schweigen davon, daß sie sich im Falle begangener Straftaten nicht etwa in den Philippinen, sondern gegenüber

der US-amerikanischen Militärgerichtsbarkeit zu verantworten hätten.«

Die BefürworterInnen des VFA verweisen neben dem von Präsident Estrada bemühten Argument auf die Eindämmung möglicher interner Konflikte mithilfe der USA. Im Klartext: Sollte beispielsweise auf Mindanao die »Subversion« zunehmen oder Sezessionsforderungen die territoriale Souveränität der Republik der Philippinen bedrohen, könnten dann auch US-amerikanische Kontingente in Kampfhandlungen einbezogen werden. Und gerade auf Mindanao gibt es gewichtige Stimmen und einflußreiche Kreise von PolitikerInnen, GroßgrundbesitzerInnen und Geschäftsleuten, die just für diese Eventualität ganz offen in Petition Front machen.